

**Motion Fraktion SP/JUSO (Katharina Altas/Johannes Wartenweiler/Timur Akçasayar, SP): Das «Haus der anderen Schweiz»: Ein Ort der Geschichte für Zwangsversorgte**

Der Bericht der Unabhängigen Expertenkommission (UEK) der Administrativ Versorgten wurde am 2. September 2019 an Bundesrätin Karin Keller-Sutter übergeben. Darin wird festgehalten, dass durch fürsorgerische Zwangsmassnahmen im 20. Jahrhundert «mindestens» 60'000 Personen in rund 650 Institutionen jeweils für unbestimmte Zeit administrativ versorgt worden sind. Der Bericht macht deutlich, dass dies einer systematischen Aktion durch das damalige Rechtssystem gleichkommt, das moralisch gewertet hat. Unter den Betroffenen der Zwangsversorgung befanden sich auch viele Fahrende: Jenische, Sinti und Roma. Mit der Aktion «Kinder der Landstrasse» ist auch ihnen und ihren Familien Unrecht widerfahren.

Die UEK gibt in ihrem Bericht auch Empfehlungen ab, die sie unter das Motto stellt: «(...) die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen (...)» (Präambel der Bundesverfassung). Sie schlägt ein «Haus der anderen Schweiz» vor. Der Standort soll in der Bundesstadt sein. Es soll ein Kompetenzzentrum entstehen, in dem Ausstellungen, Vorträge, Podiumsdiskussionen stattfinden und Debatten ausgelöst werden, über die Geschichte, die Gegenwart und die Zukunft des Rechts- und Sozialstaats ohne die Ausgrenzung der Betroffenen.

Carl Albert Loosli hat sich schon früh zu den rechtsstaatlichen Auswüchsen der Zwangsversorgung geäussert und den Betroffenen eine Stimme gegeben. Als bedeutender Schweizer Autor ist er eng mit Bümpliz verbunden. Als uneheliches Kind ist er im Seeland zur Welt gekommen und war selber in Kinder- und Jugendheimen (Anstalten). Als Erwachsener zog er 1904 mit seiner Frau nach Bümpliz. Der «Philosoph von Bümpliz» – wie er auch genannt wurde – engagierte sich im Kampf gegen Anstalten und das Verdingkinderwesen und für ein humanes Jugendrecht.

Die Gründung des «Hauses der anderen Schweiz» geht auf die Empfehlung im UEK-Bericht zurück. Ein Gesuch um nationale Unterstützung könnte demzufolge Erfolg versprechend sein. Als Standort wird im UEK-Bericht die Bundesstadt empfohlen.

Wir fordern den Gemeinderat auf,

1. eine geeignete Liegenschaft in Bern zu finden (z.B. in Bümpliz), wo das «Haus der anderen Schweiz», ein C. A. Loosli-Haus, entstehen kann,
2. eine Trägerschaft aufzubauen, um das «Haus der anderen Schweiz» breit abzustützen und
3. ein Betriebskonzept auszuarbeiten, in dem vor allem die Themen Zwangsversorgung, aber auch die Gegenwart und Zukunft des Rechts- und Sozialstaates mit den Betroffenen in Vorträgen, Ausstellungen und Podiumsdiskussionen behandelt werden.

Bern, 17. Oktober 2019

*Erstunterzeichnende: Katharina Altas, Johannes Wartenweiler, Timur Akçasayar*

*Mitunterzeichnende: Martin Krebs, Marieke Kruit, Lena Sorg, Nora Krummen, Szabolcs Mihalyi, Bettina Stüssi, Ayse Turgul, Laura Binz, Benno Frauchiger, Michael Sutter, Bernadette Häfliger, Mohamed Abdirahim, Lisa Witzig, Edith Siegenthaler, Barbara Nyffeler*